

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
Gnefen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Kudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlich
beim „Invalidendank“.

Nr. 107.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 12. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 11. Februar. Der Regierungsrath Hansen zu Mittel-
walde ist zum Mitgliede der Provinzial-Steuerdirektion zu Köln er-
nannt worden.
Der bisherige kommissarische Kreis-Schulinspektor, Gymnasiallehrer
Dr. Josef Stange in Glas ist zum Kreis-Schulinspektor im Regie-
rungsbezirk Breslau ernannt worden.

Vom Landtage.

59. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 11. Februar. 10 Uhr. Am Ministerische Raubach und
v. Puttkamer.
Die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betr. den Ankauf der
großherzoglich hesischen Gebiete belegen die Strecke der Main-
Weier-Bahn und den Bau einer Eisenbahn von Cölbe nach Laasphe
leitet der Referent Hammacher ein. Seit Preußen 1866 in
den Besitz von mehr als 1/3 der Bahn gelangt, sei das Verhältnis zur
hesischen Regierung unerträglich geworden. Im Interesse eines besse-
ren Betriebes und um die in Hessen bestehende Mißstimmung über
mancherlei Unzulänglichkeiten zu beseitigen, empfehle sich der Ankauf
der hesischen Strecke, obgleich das Geschäft ein finanziell günstiges
nicht sei.

Abg. Birchow: Die Unaufmerksamkeit des Hauses beim Vor-
trage des Referenten erklärt sich wohl aus dem Behagen, mit welchem
die Majorität sich der Naturnothwendigkeit des Weiterleitens auf der
einmal betretenen abschüssigen Bahn hingibt. Ich bin der Ueberzeu-
gung, daß die finanzielle Seite des Geschäftes thatsächlich noch schlech-
ter liegt, als der Referent ausgeführt hat. Um so mehr bin ich er-
staunt, daß er trotzdem den Ankauf der Bahn empfiehlt. Ich bin nicht
bereit, auf Kosten der Steuerzahler und bei unserer jetzigen Finanzlage
zur Erzielung einer bundesfreundlicheren Stimmung der Hessen diesen
durch Vermeidung einer Konkurrenz Wohlthaten zu erweisen, während
die Regierung sich nicht scheut, den eigenen Unterthanen, wie jetzt das
Beispiel der Anhalter Bahn zeigt, Konkurrenz zu machen. Ich bin
aber noch gar nicht überzeugt, daß in Hessen eine so hervorragende
Disposition herrscht, den Kauf zu bewilligen. Die hesische zweite
Kammer hat den Vertrag nur mit Stimmengleichheit genehmigt und
das hesische Publikum fährt auch bei dem bestehenden Verhältnis
weiter. Die preussische Verwaltung der Strecke ist jetzt vielfach dem
Vertrage gemäß von der hesischen Regierung abhängig und darf na-
türlich ohne deren Zustimmung keine Tarifserhöhungen vornehmen;
nach dem Ankauf wird sie aber, wozu bei dem Staatsbahnsystem alle
Mittel sind, sehr bald zu Tarifserhöhungen schreiten müssen.

Minister Raubach: Das jetzt bestehende Verhältnis zwischen
der hesischen Regierung und der preussischen Verwaltung ist ungleich-
mäßig für beide Theile. Die Opposition der hesischen zweiten Kammer
erwartet sich daraus, daß dieselbe in Zukunft noch einen höheren Kauf-
preis erzielen zu können hoffe. Die hesische erste Kammer hat den
Vertrag mit drei Viertel Majorität genehmigt. Die Regierung hat
in dem vorliegenden Vertrage alle Rücksichten, auch die finanziellen,
bewahrt und wird nach Ankauf der Strecke den Verkehr und Betrieb
billiger und billiger organisiren können. Die Befürchtungen betreffs
möglicher Tarifserhöhungen kann ich nicht theilen.

Abg. Schreiber: Das Widerstreben der hesischen Kammer
den Verkauf beweiße, daß der Ankauf für uns günstig sei. Die
hesische Regierung müsse in dem Besitz der Strecke kommen, weil sie
dann die nöthigen Anschlußbahnen bauen könne.
Referent Hammacher: Der Widerspruch in Hessen sei zum
Theil politischer Natur, man erblicke dort in dem Vertrage ein Auf-
heben eines Theiles der Selbstständigkeit des Landes. Er stimme dem
Abg. Birchow bei, daß das Geschäft finanziell ungünstig sei, empfehle
trotzdem den Ankauf aus den allgemeinen politischen Gründen.
Die Regierung müsse in ihrer Stellung die Achtung und das Ver-
trauen, auf welches sie Anspruch hat, nicht gefährden, und dürfe da-
her weder im eigenen Lande noch gegen einen verbündeten Staat als
Konkurrent auftreten.

Hierauf wird der Ankauf der Bahn und ebenso der Neubau der
Bahn von Cölbe nach Laasphe genehmigt, worauf die Berathung
des Kultusetats (Elementarschulen) fortgesetzt wird.
Abg. Seyffardt (Krefeld) vertheidigt gegen Berger das
katholische System gegen den Vorwurf, die christliche Grundlage unseres
Volkswesens beeinträchtigt zu haben. Gerade an dieser Stelle hat das
katholische System einen undurchdringlichen Panzer. Die christliche
Grundlage der Volksschullehre ist von ihm nicht im mindesten ange-
griffen, wohl aber die priesterliche Benutzung der Volksschule für die
eigene Macht und Herrschaft entgegen dem Interesse des Staats be-
griffen. (Unruhe im Centrum.) Was hat denn die alte katholische
Volksschule geleistet? Während der letzten 7 Jahre hat nur das
Centrum und ein konservatives Fünfer- oder Siebengefüß besprochen, daß
die geistlichen Herren, so lange sie Herren der Schule waren, dem
wachsenden Bedürfnisse der Volksschule nicht genügt, namentlich die
Ausbildung des Nationalbewußtseins ganz vernachlässigt haben. Der
Reichskanzler selbst sagte 1874 hier, die Schuld an der unerfreulichen
Entwicklung der Dinge in den katholischen Landestheilen trage mit der
Schulunterricht, an welchem Elemente theilnehmen, die zum Zwecke ihrer
Herrschaft ein Interesse daran hätten, daß die Jugend nicht zu flug werde.
Am 16. April 1875 sprach der Reichskanzler seine Freude darüber aus,
daß er nunmehr seine bisherige Aggressive aufgeben könne und sie in
Zukunft mehr der Schulbildung als der Politik überlassen werde.
Dieses Urtheil beruht auf ersten Erfahrungen. Mit dem Eintritt
Krefeld's aber trat das gerade Gegentheil der früheren unerfreulichen
Erscheinungen im rheinischen Schulwesen hervor. Wie haben Staat
und Gemeinden gemüthlich, dem Schulwesen Mittel zuzuführen, wie
und die Lehrgelöhner erhöht, die Disziplin gefördert und der Schul-
weg durchgeführt worden! Die Zahl der Schüler, welche die er-
warteten, aber das Bedürfnis des gemeinen Mannes durchaus nicht
erfüllenden Ziele der Volksschule erreicht haben, wächst von Jahr zu
Jahr. Die prinzipielle Seite der Simultanschule fand bei der elbinger
Debatte nicht volles Gehör. Man thut den Simultanschulen ebenso
Unrecht, wie Berger den konfessionellen Kalf'schen Schulen. Beide
Systeme der Schule sind Früchte desselben guten Baumes. Wer die
konfessionellen zu den Simultanschulen in Gegeniaz bringen will, der
muß unter den ersteren solche verstehen, in deren faktischem und recht-
lichem Besitz die Kirche ist, aber nicht die heutigen unter der Protektion
des Ministers stehenden. Wenn die Petitionen, die auf Veranlassung

der katholischen Priester noch aus den 382 Orten mit Simultanschulen
kommen werden, Berücksichtigung finden, so wird man bald auch
fordern, von der Kalf'schen konfessionellen Volksschule keinen Stein auf
dem andern zu lassen. Die Herren kämpfen wie der Stier gegen das
rothe Tuch (Geiterkeit), gegen ein selbstgefertigtes Schredbild. Brachte
doch Herr v. Kröcher bei dem Feld- und Forstpolizeigesetz alle un-
getauften Kinder, alle nicht eingetragenen Ehen und schließlich alle Pilze
und Beeren juchenden Vagabunden mit den Simultanschulen in Ver-
bindung. (Geiterkeit.) Gerade in den Landestheilen mit Simultan-
schulen ist von ungetauften Kindern und unkirchlichen Ehen gar nicht
die Rede. Bei den jährlichen Revisionen und Prüfungen in Krefeld,
an denen ich theilnahm, ist von keinem Inspektor bisher bemerkt
worden, daß der Religionsunterricht in den Simultanschulen sich nach-
theilig von dem in den konfessionellen Schulen unterscheide. Die wirk-
lich erheblichen Momente des Religionsunterrichts liegen nicht in den
Unterrichtsinhalten der Konfessionen, sondern in den allen gemein-
schaftlichen, an den Gott der Liebe anknüpfenden Lehren. Die Simul-
tanschule hat den Vorzug, daß die Kinder durch die bloße Theilnahme
an dem gemeinschaftlichen Unterricht praktisch erzogen werden zu der
echt christlichen Toleranz, deren wir bei der zunehmenden konfessionellen
Mischung der Bevölkerung bedürfen. Krefeld und die Grafschaft Mörs
gehören viel länger als die meisten anderen westlichen Landestheile zu
Preußen, nämlich seit 1702. Die in den benachbarten Territorien der
Religion wegen Verfolgten fanden hier durch die Politik der Hohen-
zollern Schutz, und so schuf Friedrich der Große durch niederländische
Kolonisten die Seidenindustrie, der wir unsere Prosperität verdanken.
Daher sah unsere Bürgerschaft stets in der Toleranz ihr Heil und re-
stituirte 1876 in den Simultanschulen nur eine althergebrachte Institu-
tion. Den katholischen Religionsunterricht an derselben aber gaben
auf Wunsch der Stadt die Geistlichen ein Jahr lang ohne Bedenken
mit redlichem Eifer. Plötzlich erklärten sie im Oktober 1877, daß sie
dies mit ihrem Gewissen nicht länger vereinigen könnten. Es bildete
sich ein Komitee, das sich nicht scheute, die Kinder förmlich zu inquiri-
ren und ihnen Vorschriften für eine spätere regierungsräthliche Unter-
suchung zu geben. So wurde das Spioniersystem eingeführt, das man
fälschlich dem Deutschen Verein in die Schuhe geschoben hat. (Wider-
spruch im Centrum.) Es ist ja leicht, in Kinder etwas hineinzulegen,
was sie selbst nachher glauben; das haben die Verhandlungen über den
Marziper Wunderschwindel bewiesen. Was wollen da die vier oder
fünf Taktlosigkeiten von Simultanschullehrern, die man angeblich ent-
deckt und unter Umgehung der vorgelegten Behörden in die öffent-
lichkeit gebracht hat, gegen die Taktlosigkeiten sagen, die in den
konfessionellen Schulen von Lehrern gegen Andersgläubige verübt wer-
den. So lange die konfessionelle Schule besteht, hat die Kirche bei
dem Wechsel der Personen in der Regierung immer wieder Aussicht,
die alte Herrschaft wieder zu erringen. Das hoffte man jubelnd auch
beim Amtsantritt des Ministers von Puttkamer, und obwohl man
heute weniger sanguinisch ist, so schämt man ihn doch, um sich die Ver-
ständigung mit ihm nicht zu verschlagen, d. h. damit die Geistlichkeit,
wenn auch nicht mit Sang und Klang, so doch durch eine Hinterbühne
wieder als maßgebendes Element in die Schule hineinkomme.
(Unruhe im Centrum.) In der Simultanschule aber kann die Kirche
nie herrschen, denn in ihr wird das Kind durch ein unzweifelhaftes
Band an das Vaterland und das Hersehhaus gefesselt. In der
katholischen Volksschule der Vergangenheit dagegen war der Patriotismus
ein nicht gern gesehener Gast. (Oh! im Centrum.) Im Kreis
Jelle korrigirte ein Schulinspektor einen preussischen Lehrer mit den
Worten: „es stinkt in Ihrer Schule nach Patriotismus.“ Wir haben
in Rheinland die Folgen der klerikalen Erziehung an unsern Landes-
kindern wahrgenommen, als sich immer mehr Nonnen und Kloster-
schülerinnen als Lehrerinnen bei uns einbürgerten und sehen diese
Folgen noch heute an den Hunderten von Kindern, die belgischen
Klöstern überliefert werden. Die aus solcher achtjährigen religiösen
Erziehung hervorgewachsenen Menschen fühlen sich in einem bestimmten
Gegensatz zu allen Andersgläubigen und dem als protestantisch ge-
dachten Staat. Daher hat die Judenhege in unsern klerikalen Pro-
vinzialblättern einen solchen Umfang erreicht, daß die hiesige christlich-
soziale Bewegung dagegen als ein Kinderpiel erscheint. (Unruhe
rechts.) Der Minister Jelle, den man fälschlich der tendenziösen Be-
günstigung für die Simultanschule beschuldigt, hat seinem Nachfolger
die Volksschule intakt überliefert. Leider war er nicht entgegenkom-
mender, sonst wäre in vielen unserer größeren und mittleren rheinischen
Städte, in Düsseldorf und Köln, das Volksschulwesen simulantirt.
Die Stadtverordneten dieser Städte wünschten es. (Widerspruch im
Centrum.) Wenn es nach Ihnen im Centrum ginge, und die Stadt-
verordneten durch das allgemeine Stimmrecht berufen würden, wäre es
freilich anders; aber das wird wohl, da die Konservativen nicht damit
einverstanden sind, nur ein frommer Wunsch bleiben. Die Strömung
gegen die Simultanschule ist augenblicklich sehr stark. Aber solche
Strömungen wechseln, heute vielleicht mehr als früher, und es wird
wieder eine Strömung für die paritätischen Schulen kommen, wenn
durch ein Unterrichtsgesetz ein besseres Fundament für die Volksschule
geschaffen und durch Fixirung der Kommunal- und Staatsaufsicht
sicher gestellt wird. Dann werden die paritätischen Schulen einer
besseren Gestaltung der traurigen konfessionellen Verhältnisse in den
Landestheilen mit gemischter Bevölkerung unter Wahrung des legiti-
men Einflusses der Konfession mit unbefugbarer Kraft Bahn brechen.
(Beifall links.)

Abg. Dr. Lieber: In keiner Stadt Preußens ist die Simultan-
sierung mit größerer Rücksichtslosigkeit eingeführt worden, als in Krefeld,
der elbinger Magistrat ist dem gegenüber nur ein unschuldiger
Waisenknecht. (Geiterkeit.) Denn in Krefeld stehen 45,000 Katholiken
gegen 15,000 Protestanten und die letzteren, besonders die Gelochlo-
tratie, haben die Majorität unterdrückt. Man hat nur eine zweifelhafte
irraelitische Schule nicht der Simultansierung unterworfen. Und da
spricht man von einer Judenhege seitens der Katholiken! Bei dieser
Judenhege handelt es sich übrigens gar nicht um eine Religionshege,
sondern um eine tiefwurzelnde Stammesverhiedenheit, um die Noth-
wehr des germanischen Stammes gegen einen fremden. Aber gegen
die Katholiken hat man seit sieben Jahren eine offene Religionshege in
Szene gesetzt. (Widerspruch.) Wenn man mit der Volksbegleitung
in Krefeld in der jetzigen Weise fortfährt, wird das Volk bald wieder
mit dem Sprichworte sagen: Unter dem Krummstabe war doch besser
wohnen. Die Vaterlandsliebe wurde in den konfessionellen Schulen
eben so gepflegt, wie in den Simultanschulen; wir alle werden vielleicht
nicht erleben, wie sie sich bethätigt, dann wollen wir den Satz anwen-
den: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen und ich erkläre: kein
gläubiger Christ wird irgend einem anderen Staatsbürger in der

Opferfreudigkeit für das Vaterland den Vorrang zugestehen. Redner
zitiert dann einen Vorfall, der in Krefeld, damals Wahlkreis v. Sybel's,
jetzt Seyffardt's, 1863 spielte, wo man beim Empfang König Wil-
helms I. auf dem Ostwall nur zwei Fahnen, davon eine auf einem
öffentlichen Gebäude sah, wo die Fensterläden demonstrativ geschlossen
waren. Der König fragte den Bürgermeister von Krefeld, ob man v.
Sybel wieder wählen würde; als der Bürgermeister dies in Aussicht
stellte, erwiderte der König: „Hätte ich solches ahnen können, so würde
ich einen Mann, der so gegen den Kriegsmiñister vorgegangen ist, nie-
mals berufen haben; sagen Sie das.“ Der Abg. Seyffardt befürchtete,
daß die Kirche durch eine Hinterbühne in die Schule kommen würde
und glaubte deshalb den Minister davor warnen zu sollen. Das war
unmöglich, denn nach der jüngsten Erklärung des Kultusministers
ist es dessen Absicht, dem christlichen Glauben die doubles
battants der Schule zu eröffnen; da sind Hinterbühnen überflüssig.
Was die Disziplin unter den Lehrern angeht, so wäre es interessant,
von dem Minister die Resultate aus der in Folge der Besprechung des
Erlasses der oppelner Regierung angeordneten Untersuchung zu erfah-
ren. Der Vorredner leugnet auch die Mißstände der Simultanschulen
nicht ganz; er hat einzelne Fälle von Taktlosigkeiten zugestanden.
Wenn aber ein Lehrer bei der Erklärung des Schiller'schen Gedichtes
„Der Graf von Habsburg“, ohne durch den Text veranlaßt zu sein,
flüchtig sein will als der große Dichter und sagt: „Die Hofie enthalte
nicht wirklich Jesum Christum, sondern man glaube das nur so“, so
ist das eine flagrante Verletzung des katholischen Glaubens. Der be-
treffende Lehrer wurde allerdings nachher durch die Medizinalbeamten
für irrsinnig erklärt. (Hört! Hört!) Redner bittet den Minister,
den krefelder Fall nochmals einer gründlichen Untersuchung zu wür-
digen, und fragt ihn, ob er einen ehemaligen katholischen Geistlichen,
der am Seminar in Dillenburg ange stellt sei und sich nach altkatho-
lischem Ritus verheirathet habe, im Amte zu belassen gedenke; man
könne ihn ja anderweitig beschäftigen. Derselbe sei skandalöser Vor-
fälle wegen aus seiner Stellung entlassen, wovon die Regierung aber
nichts zu wissen scheine. Er unterrichtet allerdings nur in der Mathe-
matik. (Hört!) Aber wenn der Abg. von Sybel neulich meinte, die
habe mit der Religion gar nichts zu thun, so möchte ich ihn doch an
jenen Lehrer erinnern, der an der Rechenmaschine drei Kugeln ab-
theilte: Eins, zwei, drei! und dann zu den Kindern sagte: Nun, ist
drei gleich eins und eins gleich drei? Damit leugnete er eines der
Hauptdogmen des Christenthums.

Der Kultusminister: In die Diskussion der allgemeinen
Frage der Simultanschulen will ich nicht eingehen; ich habe meine Stel-
lung beim Elbinger Falle bezeichnet, die Mehrheit des Hauses hat mir
zugestimmt. Die grundsätzlichen Anhänger der Simultanschule scheinen
mir eine verlorene Sache zu vertheidigen. (Der Minister beruft sich auf
die Ausführungen v. Treitschke's, „eines Mannes, dessen kirchliche und
politische Freimüthigkeit über allen Zweifel erhaben“ sei, in den „Preu-
sischen Jahrbüchern“, für welche derselbe allein schon ein Monument
von der deutschen Nation verdient; ferner auf einen Bericht eines Kreis-
schulinspektors vom Juli 1878, der beklage, daß nach seinen Erfahrun-
gen der Religionsunterricht in der paritätischen Schule degradirt werde,
weil der Lehrer stets auf die anderen Konfessionen Rücksicht zu nehmen
hätte.) Der Abg. Seyffardt befürchtete, daß ich Hinterbühnen öffnen
könnte; ich bemerke, daß in meiner Verwaltung alle Hinterbühnen ein
für allemal verschlossen sind. Dem Wunsch des Abg. Lieber in Betreff
der Krefelder Schulen kann ich nicht stattgeben, denn es handelt sich da-
bei um eine rechtlich abgeschlossene Thatsache. Daraus folgt allerdings
nicht, daß nach dem Beweis der Unmöglichkeit einer gedeihlichen Ent-
wicklung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ich nicht eine Aende-
rung eintreten lassen und die Simultanschulen auflösen könnte. Dieser
Beweis ist bisher nicht geführt. Das Seminar in Dillenburg ist ein
paritätisches; der betreffende Lehrer hat seine Pfarre — ich weiß nicht
aus welchen Gründen — aufgegeben, sich, soweit dies nach katholischen
Anschauungen möglich ist, des priesterlichen Charakters entkleidet und
ist auf seine Bitte am Seminar ange stellt worden. Den Unterricht in
Geschichte und Deutsch, den er zuerst ertheilte, hat man ihm, um jeden
Anstoß zu vermeiden, abgenommen; er unterrichtet jetzt in den ma-
thematischen Fächern. Eine anderweite Beschäftigung könnte nur
durch eine Verlegung eintreten. An den katholischen und paritätischen
Seminararien will ihn der Abg. Lieber nicht haben, es blie-
ben also nur die evangelischen. Glauben Sie wirklich, daß ich einen
Mann, der nicht gut genug ist, katholische Zöglinge zu unterrichten,
in ein evangelisches Seminar schicken würde? Das fällt mir nicht ein.
Die große Mehrheit unserer Lehrkräfte an den Volksschulen besteht aus
tüchtigen Elementen. Es bestehen aber auch Anschauungen und Strö-
mungen bedenklicher Art, die trotz der Verbesserung der Lage der
Lehrer nicht ab-, sondern zugenommen haben. Aus Anlaß der Debatte
über den oppelner Erlass ist eine Untersuchung dieser Verhältnisse noch
von meinem Amtsvorgänger eingeleitet worden. Sie hat ergeben, daß
allerdings unter den gerichtlichen Straffällen manche auf eine tiefe
sittliche Verunreinheit einzelner Individuen schließen lassen. Die Wur-
zeln dieser Erscheinungen liegen nicht in unserer Seminarbildung die
Seminare bieten in ihrer Entwicklung auch unter dem Minister Jelle
eine volle Garantie für eine sittlich-religiöse Ausbildung der Lehrer.
Von allen öffentlichen Institutionen steht die Volksschule dem prakti-
schen Leben des Volkes am nächsten; Alles was das Volksleben in
wirthschaftlicher Entwicklung und in der Gesetgebung nachtheilig
affizirt, muß auch mit unmittelbarer Gewalt auf die Volksschule und
die Lehrer zurückwirken. Im letzten Decennium zeigt sich zweifellos ein
Rückgang in der sittlichen Haltung des Volkes in den großen Zentren
der Industrie, die auch auf den Lehrerstand nicht ohne Einfluß ge-
blieben ist. Die Reichshauptstadt macht eine rühmliche Ausnahme
(Hört); es existirt kein Bezirk, in dem der Lehrerstand sich so
musterhaft gehalten hat. Denken Sie an die Folgen der Gewerbe-
Ordnung, an die unbeschränkte Vermehrung der Schankstätten,
die durch Beförderung der Trunksucht, die Wurzel aller Uebel,
auch den Lehrerstand in Mitleidenchaft gezogen hat. Aus diesen
Ursachen stammen 80 Prozent der tadelswerthen Vorkommnisse, die zur
Kenntniß der Regierung gelangt sind. Der Volksschullehrer ist aber
auch in den letzten Jahren zu sehr in den Vordergrund gedrängt wor-
den. Bei den Wahlen suchten alle Parteien nicht immer mit den besten
Mitteln ihre Gunst zu gewinnen; alle politischen Parteien werden
einen Theil der Schuld übernehmen müssen. Wenn ich die Lehrerpresse
anhebe, so finde ich neben manchem Sachverständigen und Klüglichen
doch vorwiegend: eine höchst einseitige Ueberschätzung der eigenen
Leistungen, ein sehr abprechendes Urtheil über Andersdenkende und
einen unberechtigten Standpunkt bei der Vertretung der eigenen Inter-
essen. Was die pädagogischen Vorschläge der Herren betrifft, so zeigt

sich, daß sie wenig oder gar nichts davon verstehen. Aus den Berichten über die Generalversammlungen der Lehrervereine entnehme ich, daß die Lehrer besser thäten, die Sorge für die großen Gesichtspunkte ihren Vorgesetzten zu überlassen (Unruhe links) und sich auf ihren Beruf zu beschränken. Es wird nötig sein, daß die Bezirksbehörden die Führung der Lehrer etwas aufmerksamer beobachten und wo es noth thut, eine strammere Disziplin einführen. Es giebt einzelne Behörden, die dies nicht in genügendem Maße thun. Wir müssen die Schule an ihre natürlichen Autoritäten wieder mehr anknüpfen, und wenn der Abg. Seyffardt an mich die Aufforderung gerichtet hat, ich möchte die geistlichen Schulinspektoren wenn möglich gänzlich aus der Welt schaffen, so wird er das von mir niemals erlangen. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.) Die Kreis Schulinspektion ist ein technisches Element, die Lokalschulinspektion aber bewegt sich auf dem Boden des Sittlichen und Religiösen; nur diese allein kann eine ständige, tägliche Aufsicht über das Leben und die Führung der Lehrer ausüben; die Kreis Schulinspektion hat dafür einen zu weiten Bezirk. Daraus folgt, daß man die Geistlichen von der Lokalschulinspektion nicht ausschließen kann. (Beifall rechts.)

Abg. Strojier: Die praktische Thätigkeit des Abg. Seyffardt in Krefeld und seine Ausführungen im Hause sind das beste Zeugnis gegen die Simultanschulen. Er hat feil behauptet, daß von den Gegnern der Simultanschule im Hause seiner sie aus eigener Anschauung kenne. Die Verhandlungen über Krefeld und Elbing haben uns doch ein genügendes atmenmäßiges Material für die Beurtheilung ihrer Wirksamkeit geliefert. Die stärkste Behauptung ist aber wohl, daß die simultane Schule den Patriotismus befördere, die konfessionelle ihn als einen nicht gern gesehenen Gast betrachte. Sind denn nicht die Männer, die in den Freiheitskriegen und in den letzten Kriegen mit ihrem Leben für Preußens Ehre eingetreten sind, fast alle aus konfessionellen Schulen hervorgegangen? Die ersten preussischen Revolutionäre in dem schändlichen Jahre 1848 waren allerdings keine Anhänger der konfessionellen Schulen, sondern der paritätischen und konfessionslosen. Wir schulden der höheren Stelle Dank, die verhindert hat, daß der Minister Fall die Simultanschule noch weiter durchführen konnte. Die Herren Niefert und Langerhans haben behauptet, erst wir (auf der rechten Seite) hätten den ungestörten Frieden in Elbing getrübt. Ihr Gedächtniß hat gelitten, denn aus dem Bericht des Magistrats an den Minister geht hervor, daß der Friede durch die Simultanschule von vornherein gestört war. Die heutigen Zusicherungen des Ministers verpflichten uns zu großem Danke, doch ist in erster Reihe eine Aenderung der Lehrbücher nothwendig, denen durch Ausmerzung des konfessionellen Charakters das Beste genommen ist. — Der Abg. Platen hat einen Dithyrambus auf den Minister Fall gehalten und seinen großen Meister sogar in Mimik und Ton nachgeahmt. Ich rechne es ihm zum Lobe an, daß er sich voll und ganz zu ihm bekennt, von dem er Amt und Stellung erbalten. (Hoh.) Die Regulative haben doch auch ihre zahlreichsten Freunde. Auf einer Versammlung von 42 Schulinspektoren ist es ausgesprochen worden, daß seit dem Erlaß der allgemeinen Anweisungen des Ministers Fall nicht nur die Leistungen in der Religion, sondern auch im Lesen, Schreiben und Rechnen zurückgegangen sind.

Abg. v. Stablewski bringt immer wieder die Beschwerden seiner Landsleute zur Sprache, für die die Elementarische mannigfache Anknüpfungspunkte bietet. Im Posen'schen haftet die polnische Sprache an der Wurzel an, verdrängt die polnische Volksgeänge und lehrt den Kindermund deutsche Kriegsklieder singen, sogar in Mädchenschulen, als sei ein Amalonenkrieg in Sicht. Die religiöse Erziehung trete in der Elementarische durchaus gegen die Unterrichtszwecke im engeren Sinne zurück, was sich auch in der Verwässerung der Lehrbücher kundgebe.

Abg. Seyffardt (Lignitz): Durch die parlamentarischen Kämpfe wird der Friede gestört, dessen die Schule zu ihrer ruhigen Entwicklung bedarf. Herbart, Rousseau und Diesterweg sind durchaus nicht, wie Berger meint, in unseren Seminarien maßgebend. Aber Herbart und Diesterweg haben keinen dem positiven Christenthum feindlichen Einfluß geübt, und Rousseau, der die entarteten Zeitgenossen Ludwigs XVI. zur Natur zurückführen wollte, kann doch in der Geschichte der Pädagogik nicht übergangen werden. Die Grundlage unserer neueren Pädagogik ist das Pestalozzi'sche System, das Preußen zu seiner großen Ehre zuerst ein- und durchführte. Während Napoleon, als man ihm dieses System vorlegte, meinte, er könne sich um die Abkehr nicht kümmern, ließen König Friedrich Wilhelm und Kaiser Alexander Pestalozzi zu sich kommen; die höchsten Männer des preussischen Staats, denen Sie gewiß nichts vorwerfen werden, daß sie die Religion aus der Erziehung verbannen wollten, verbanden sich mit ihm und die hochverehrte Landesmutter Königin Luise erklärte ihn für einen Wohltäter der Menschheit. Auf Pestalozzi's Grundrissen beruhen auch die allgemeinen Bestimmungen und ich danke dem Minister, daß er an diesen nicht rütteln lassen will. Ein großer Uebelstand ist es, daß der vierzehnjährige Junge, der aus der Schule entlassen und in die Lehre getreten ist, nun glaubt, wenn er seinen Eltern 20 Groschen oder 1 Thaler wöchentlich giebt, nun hätten sie ihm nichts mehr zu sagen. (Sehr wahr!) Die Fortbildungsschule kann hier allein helfen, diese müssen wir alle nach Kräften fördern. Auch die Mittelschule muß gepflegt und zwar auf der Volksschule aufgebaut werden, damit sie nicht zu einer neuen Art von Ständeschule werde. Ich wünsche, daß das Unterrichtsgesetz, oder wenigstens ein Dotationsgesetz recht bald zu Stande komme.

Abg. v. Meyner (Arnsvalde): Der Minister Fall hat mich neulich lobend erwähnt, weil ich ihm ein halbes Auerkenntniß habe zu Theil werden lassen. Schon bei einem vollen Auerkenntniß von der Gegenseite wird mir unheimlich, bei einem halben aber läuft man leicht Gefahr, daß die eine Hälfte der Auerkenntniß die andere negirt. Der jetzige Minister soll nicht alles von Fall Geschaffene umstürzen, aber ich bitte ihn doch, zunächst zur Probe die Verfügung über den obligatorischen Näh- und Strickunterricht für die Mädchen auf dem Lande zu beseitigen. Die Bauern in Brandenburg und Pommern sind damit im höchsten Grade unzufrieden, weil der Unterricht nicht nötig ist, denn Mädchen lernen die Kinder von den Müttern und Stricken von den Vätern (Heiterkeit) und die Bauern begreifen diese bürokratische Maßregel nicht, während die Regierung und die Herren rechts und links von Selbstverwaltungssphären triefen. (Große Heiterkeit.) Die diesen Gegenstand betreffenden Petitionen hat die Linke aus Liebe zu ihrem Kulturkampfminister zurückgewiesen und die Kinder müssen nun in Brandenburg und Pommern näh- und stricken lernen, weil im Rheinland und Schlesien der Kulturkampf tobt. Das Gehalt dafür erhalten die Lehrerfrauen, ohne Etwas dafür zu leisten; da sollte man lieber den Unterricht ganz abschaffen oder Kreis-Nähinspektorinnen einführen oder in den Ortsdiktator ein des Nähens kundiges Mitglied wählen. (Heiterkeit.) Wenn man für die Mädchen einen besonderen Unterricht einführen wolle, dann sollte man obligatorischen Unterricht im Kochen vorschreiben, denn das ist einer der wesentlichsten Faktoren für das häusliche Glück, das werden mir alle Chemänner zugeben. (Heiterkeit.) Bestimmte Vorschläge kann ich jetzt nicht machen, aber wenn es der Minister verlangt, will ich ihm zum nächsten Jahre einen großen Haufen Petitionen von Bauern verschaffen, die sich alle gegen den Näh- und Strickunterricht aussprechen sollen. (Heiterkeit.)

Um 4 Uhr wird die weitere Berathung bis 8 Uhr Abends vertagt.

16. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 11. Februar, 12 Uhr. Am Ministertische: Lucius, Friedberg, Hofmann, Graf Stolberg und mehrere Kommissarien.

Den Gesetzentwurf betreffend das Höferecht in der Provinz Hannover beantragt der Referent der Justizkommission Struckmann in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen und die bezüglichen Petitionen dadurch für erledigt zu erklären.

Adams spricht den Wunsch aus, daß das Prinzip dieses Gesetzes,

daß nämlich das Auerrecht im Falle der Intestaterbfolge allen landwirthschaftlichen, mit einem Wohnhause versehenen Besitzungen anhaftet, und daß dieses Recht durch eine positive Handlung, die Eintragung in die Höfrolle, konstituiert wird, auch in dem der Regierung zur Erwägung überwiesenen Antrage des Abg. v. Schorlemer-Alt, betreffend die Vererbung der Landgüter in Westfalen und einigen rheinischen Kreisen, eingeführt werde.

Minister Lucius konstatiert, daß sich die Regierung zwar mit der Tendenz des Schorlemer'schen Antrages einverstanden erklärt habe, daß sie aber in Bezug auf die Details noch keine Stellung nehmen könne, da jetzt erst dieser Antrag den Provinziallandtagen zur Begutachtung zugeandt sei.

Die Vorlage wird en bloc angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 18. März 1868, betr. die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser.

Die Vorlage bestimmt, daß durch Gemeindebeschluß nach Errichtung eines öffentlichen Schlachthaus das Feilhalten alles nicht in diesem Schlachthause ausgeschlachteten Fleisches und die Zubereitung desselben in Gast- und Speisewirthschaften, falls es nicht vorher sachverständig untersucht worden ist, verboten werden kann. Ferner können die Gemeinden, die ein öffentliches Schlachthaus besitzen, bestimmen: das auswärtige Fleisch ist von dem im öffentlichen Schlachthause ausgeschlachteten gesondert feilzubieten. In öffentlichen, der Gemeinde gehörenden Fleischverkaufshallen, darf nur Fleisch der letzteren Art feilgeboten werden. Schlächter, die in dem Gemeindebezirke sesshaft sind, dürfen ebenfalls nur solches Fleisch verkaufen. Endlich bestimmt die Vorlage, daß neue Privatschlachthanstalten nicht mehr errichtet werden dürfen. In Betreff der Entschädigung für zu schließende Privatschlachthäuser wird bestimmt: „Der Ertrag, welcher von diesen Gebäuden und Einrichtungen bei anderweiter Benutzung erzielt werden kann ist bei Berechnung des Schadens von dem bisherigen Ertrage in Abzug zu bringen.“

Die Kommission will die Befugnisse der Kommunen nur auf frisches Fleisch beschränken und den Passus, die Entschädigung betreffend, streichen.

Hasselbach wünscht, daß dieses so einschneidende Gesetz vorher von den Provinzialverwaltungsbehörden begutachtet wird. Die unausweichliche Folge dieser Maßregel wird eine Vertheuerung der Fleischnahrung für das ärmerere Volk sein. Ist das aber der Fall, dann hätte man lieber die Mahl- und Schlachtsteuer nicht aufheben sollen, die eine strenge Kontrolle des eingeführten Fleisches durch die Grenzbeobachtung ermöglichte. Die jetzigen Bestimmungen sind praktisch nicht durchführbar, die Polizeibeamten müßten sonst in die Küchen der Gasthöfe und in die Schlächterläden zur Ausübung der Kontrolle eindringen. Das giebt nur zu Verationen Anlaß. Gesundes Fleisch ist für die ländliche Bevölkerung ebenso nötig wie für die städtische. Man muß hier darauf rechnen, daß die Konsumenten sich selbst in dieser Beziehung schützen.

Minister Hofmann: Das Fleisch wird durch diese Vorlage nicht vertheuert werden, denn die Konkurrenz wird durch dieselbe nicht beschränkt. Diese Vorlage soll nur ein früheres Gesetz wirksam machen, die praktische Ausführbarkeit werden die Gemeinden erwägen müssen. Die Privatschlachthäuser sind in den Städten eine sanitäre Gefahr für die umliegenden Wohnungen und sie erleichtern auch sehr die Verschleppung von Viehseuchen. Diese Gefahren, welche für das Land nicht so bedeutend sind wie für die Städte, sollen hierdurch abgeschwächt werden.

In der Spezialdiskussion bekämpft Dieke die Bestimmung, daß im Gemeindebezirke ständig auswärtiges Fleisch nicht feilgehalten werden darf. Daburh werde speziell in Elberfeld die Fleischnahrung namentlich für die ärmerere Bevölkerung durch eine Koalition der dortigen Fleischer vertheuert werden, während jetzt ein berliner Unternehmer ständig billiges, gesundes Fleisch minderer Qualität dorthin liefert.

Struckmann erklärt dagegen im Auftrage des am Erscheinen verhinderten Oberbürgermeisters von Berlin v. Jordanbeck, daß die Stadt Berlin ein großes Gewicht auf den Erlaß der gedachten Bestimmung legt, um das Befahren ihres kostspieligen, im sanitären Interesse erbauten Viehhofes zu ermöglichen. Wenn die Bestimmung für Elberfeld nicht paßt, dann braucht die dortige Kommune sie gar nicht oder sie kann sie in modifizirter Form einführen.

Hasselbach bezeichnet es als außerordentlich charakteristisch, daß Berlin, welches so für die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer agitirt hat, jetzt, um sein auf Grund des Gesetzes von 1868 erbautes theures Schlachthaus rentabel zu machen, die Wirkungen jener Steuererhebung durch solche Befestigungen der unwohnenden Schlächter zu paralysiren strebt.

Adams und der Minister Hofmann treten für die Beibehaltung der diskutirten Bestimmung ein, da die öffentlichen Schlachthäuser entscheidend im sanitären Interesse, namentlich um der Verschleppung von Viehseuchen vorzubeugen, erbaut werden. Dann dürfe man aber auch nicht das Befahren so kostspieliger kommunaler Institutionen dadurch untergeben, daß man den Kommunen die Maßregeln verweigert, welche sie bedürfen, um Umgehungen zu begegnen, welche die Zwecke der öffentlichen Schlachthäuser illusorisch zu machen geeignet sind.

Graf v. d. Schulenburg-Beekendorf und Graf Brühl wollen das platte Land und seinen Viehhandel nicht zu Gunsten der Städte benachtheiligen und werden gegen diesen Passus der Vorlage stimmen.

Die Vorlage wird nach den Anträgen der Kommission angenommen und ebenfalls der von der Kommission zur Streichung empfohlene Passus in einer von Herrn Struckmann redaktionell etwas modifizirten Fassung.

Es folgt die Berathung des nachmals an die Kommission zurückverwiesenen Gesetzentwurfs, betreffend den Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen.

Art. 3 bestimmt, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes alle bestehenden Emeritenfonds zu einem allgemeinen Pensionsfonds vereinigt werden, und nach Art. 7 soll der Tag des Inkrafttretens des Gesetzes durch königliche Ordre bestimmt werden.

Die Kommission schlägt hierfür vor, zu bestimmen, daß die Vereinigung der Emeritenfonds zu einem allgemeinen Pensionsfonds durch königliche Verordnung erfolgt und daß ebenfalls auf diesem Wege das Gesetz für Rheinland und Westfalen in Kraft tritt. Für die übrigen Provinzen ist dieser Termin der 1. April 1881.

Mit diesen Vorschlägen wird die Vorlage en bloc angenommen.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Eisenbahnvorlagen; kleinere Vorlagen.)

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 11. Februar. [Die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Die Nachsession. Zur Reichstagserversammlung. Die Subvention für die Olympia-Arbeiten.] Der im Bundesrath angekündigte Antrag Preußens auf Verlängerung der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes nimmt eine solche für eine erheblich längere Zeit in Aussicht, als man zunächst erwartet hatte, nämlich bis zum 31. März 1886, also von jetzt an gerechnet auf 6 Jahre und, wenn man von dem, in einem Jahr

bevorstehenden Ablauf der ersten Geltungsperiode an zählt, auf weitere 5 Jahre. Die Motivirung hält sich sehr im Allgemeinen. Es wird darauf hingewiesen, daß gleich beim Erlaß des Sozialistengesetzes eine spätere Ausdehnung der Gültigkeitsdauer in Aussicht genommen worden. Allerdings hätten sich günstige Folgen des Gesetzes bereits eingestellt, indem durch die Unterdrückung der sozialistischen Presse und Vereinsagitation der Verfeindungen einzelner Gesellschaftsklassen ein Ziel gesetzt und die Agitation auf das Wesentlichste eingeschränkt worden sei; allein es stehet erwarten, daß die letztere sofort in vollem Umfang wieder aufleben würde, wenn das Gesetz in einem Jahre außer Kraft träte. Es lägen bestimmte Beweise dafür vor, daß die Führer der sozialdemokratischen Agitation ihre Anhänger gerade durch die Aussicht auf den baldigen Ablauf des Sozialistengesetzes zum Ausharren bei ihrer Fahne zu veranlassen bemüht seien. Dieser Taktik könne nur dadurch entgegengewirkt werden, daß schon jetzt, und zwar auf längere Zeit, die Geltungsdauer verlängert werde. Hierbei wird insbesondere darauf hingewiesen, daß vom Auslande her immer noch Versuche gemacht würden, die Agitation zu nähren, namentlich durch zwei sozialdemokratische Blätter, von denen das eine in der Schweiz, das andere in London erscheint. Auf sonstigen vielfach Beziehungen der deutschen sozialdemokratischen Führer mit denen des Auslandes nachgewiesen. — Die Nachrichten, welche die heutigen Morgenblätter über den angeleglich in der gestrigen Staatsministerialsitung gefaßten Beschluß wegen der dreimonatlichen Vertagung des Landtags und eine Nachsession desselben nach dem Schluß des Reichstags brachten, sind nicht begründet. Es ist gestern zu einem Beschluß über die Frage der Nachsession überhaupt nicht gekommen, sondern derselbe zunächst von dem weiteren Verlaufe der Kommissionsberathungen über die Verwaltungsgesetze abhängig gemacht worden. Was die letzteren betrifft, so ist es bis zu diesem Augenblicke noch nicht gelungen, ein Kompromiß in der Frage der Vereinigung des Bezirksraths und des Bezirksverwaltungsgerichts zu Stande zu bringen. Es sind in dieser Beziehung neue Vorschläge gemacht worden, welche immer mehr darauf hinauskommen, daß die sogenannte „Vereinigung“ dieser beiden Behörden lediglich dem Namen nach bestehen würde. — Hier und da wird die Befürchtung laut, der Reichstag könnte morgen bei seinem Zusammentritt wieder einmal eine schlussunfähige sein. Es beruht dies namentlich darauf, daß ein erheblicher Theil der jüdischen Mitglieder durch die dortigen Raumverhandlungen festgehalten wird. Zu diesen gehört auch Herr v. Stauffenberg, der zum lebhaften Bedauern seiner näheren politischen Freunde die Nachricht hierher gelangen ließ, daß er vor dem 21. d. M. nicht eintreffen könne. Der Beschlußfähigkeit dürfte indeß doch wohl erreicht werden, da eine nicht unerhebliche Anzahl Mitglieder des preussischen Herren- und Abgeordnetenhauses dem Reichstag angehören und vermöge der noch fortbauenden Landtagsession — also von Anfang an hier versammelt sind. — Wir haben früher erwähnt, daß im Bundesrath der Antrag gestellt worden war, für die wissenschaftliche Verwertung der auf dem Boden des alten Olympia vorgegenommenen Ausgrabungen noch einmal 90,000 M. im Reichshaushaltsetat für 1880/81 zu bewilligen, obgleich die ursprünglich in Aussicht genommenen 5 Jahresraten bereits gezahlt worden. Die betreffende Forderung ist jedoch nicht ursprünglich in den Etatsentwurf aufgenommen worden, sondern gelangte an der Reichskanzler erst, nachdem dieser denjenigen Spezialetat, in welchem die Forderung für Olympia ihren Platz finden sollte, bereits genehmigt hatte. Hieran soll, wie man erzählt, bis jetzt die nochmalige Aufnahme einer Bewilligung für diesen Zweck in den Etat gescheitert sein zum großen Bedauern aller derjenigen, welche sich für das bedeutsame künstlerische und wissenschaftliche Unternehmen interessieren. Obgleich zu diesen viele hoch und sogar sehr hoch gestellte Personen gehören, soll — das ist charakteristisch für gewisse Zustände — bisher noch Niemand von ihnen sich entschlossen haben, beim Reichskanzler ein Wort für die nochmalige Bewilligung einzulegen. Die Scheu, für eine dem Fürsten Bismarck nicht genehme Absicht einzutreten, ist nicht bloß sehr weit, sondern auch sehr hoch hinauf verbreitet.

Oberschlesien.

Die Gesetz-Sammlung vom 10. Februar veröffentlicht das (vom 3. Februar datirte) Gesetz, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch Ueberschwemmung und Mähernte herbeigeführten Nothstandes in Oberschlesien. Dasselbe lautet:

§ 1. Der Staatsregierung wird der Betrag von sechs Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um in den durch Ueberschwemmung und Mähernte heimgekehrten Kreisen Oberschlesiens durch Unterstützung mit Lebensmitteln, durch Beschaffung von Futter zur Durchwinterung des Viehs, durch Gewährung von Saatgut und durch Eröffnung von Arbeitsgelegenheit dem vorhandenen Nothstande zu steuern.

§ 2. Die Gewährung des Saatgutes erfolgt der Regel nach gegen die Verpflichtung der Werthserstattung nach näherer Bestimmung der Minister des Innern und der Finanzen.

§ 3. Die Mittel zur Beschaffung von Viehfutter und Saatgut werden den betreffenden Kreisauschüssen zur Verwendung nach pflichtmäßigem Ermessen und zur Wiedereinziehung auf Rechnung des Staates nach näherer Bestimmung der im § 2 genannten Minister überwiesen. Der Ober-Präsident ist nach Anhörung der Kreisauschüsse ermächtigt, in geeigneten Fällen wegen Leistungsunfähigkeit von der Verpflichtung der Werthserstattung zu entbinden.

§ 4. Die aus Anlaß dieses Gesetzes stattfindenden Akte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, einschließlich der grundbuchrichterlichen Thätigkeit erfolgen stempel- und kostenfrei.

§ 5. Die aus Grund dieses Gesetzes gewährten Unterstützungen sind nicht als Armenunterstützungen im gesetzlichen Sinne, insbesondere nicht im Sinne des § 8 der Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer vom 30. Mai 1849 anzusehen.

§ 6. Zur Bereitstellung der im § 1 gedachten sechs Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen.

Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kurien die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Manchester, 11. Februar. 12r Water Armitage 8, 12r Water Taylor 9, 20r Water Micholls 10 1/2, 30r Water Sidlow 11 1/2, 30r Water Stanton 12 1/2, 40r Water Manoll 12 1/2, 40r Water Medico Wilkinson 13 1/2, 36r Water Westons Qualität Rowland 12 1/2, 40r Water Weston 13 1/2, 60r Water Weston 15 1/2, Printers 1 1/2 3/4 8 1/2 pd. 102. Steigend.

Liverpool, 11. Februar. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10000 Ballen. Stetig. Tagesimport 31,000 Ballen davon 28000 B. amerikanische.

Liverpool, 11. Februar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umsatz 15,000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. — Middl. amerikanische März-April-Lieferung 7 1/2, April-Mai-Lieferung 7 1/2 d.

Produkten-Börse.

Berlin, 11. Februar. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240 Mark nach Qualität gefordert, gelber Märkischer — Mt. ab Bahn bez., per Februar — bez., per April-Mai 233 1/2-232 1/2 bez., per Mai-Juni 233 1/2-232 1/2 bez., per Juli-August 221 1/2-220 1/2 bez., per September-Oktober 217 1/2-217 bez., Gefündigt — Str. — Regulirungspreis — R. — Roggen per 1000 Kilo loco 172 bis 180 M. nach Qualität gef. Russ. — fr. W. bez., inländischer 172 bis 175 M. ab Bahn bez., Feiner — Markt ab Bahn bez., Ramm. — M. ab W. bez., per Februar 172 bez., per Februar-März 172 bez., per April-Mai 175-174 G. 17 1/2 bez., per Mai-Juni 175-174 G. 17 1/2 bez., per Juni-Juli 172 bez., W. 17 1/2 G. per Juli-August 167 1/2 bez., Br., 166 1/2 G., per September-Oktober 164 1/2-163 1/2 bez., Gefündigt — Str. Regulirungspreis — R. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 137 bis 200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 140 bis 157 nach Qualität gef. Russischer 145

bis 147 bez., Pommerischer 140-153 bez., Ost- und Westpreussischer 145-148 bez., Schlesiener 150-153 bez., Böhmischer 150 bis 153 bez., Galizischer — bez., per Februar — M., per April-Mai 149 1/2 M., Mai-Juni 150 1/2 bez., per Juni-Juli 153 1/2-153 M. Gef. — Str. Regulirungspreis — bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Rothe 168 bis 205 M., Futterwaare 157-166 M. — Mais per 1000 Kilo loco 143-150 bez. nach Qualität. Rumän. — ab Bahn bez., Amerik. — M. ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0,1: 29,00-27,00 M. — Roggenmehl incl. Sack, 0: 26,00 bis 25,00 M., 0,1: 24,75 bis 23,75 M., per Februar 24,55-24,50 bezahlt, per Febr.-März 24,40 bis 24,30 bis 24,35 bez., per März-April 24,40-24,30-24,35 bez., pr. April = Mai 24,40 bis 24,30 bis 24,35 bez., per Mai-Juni 23,40 bis 24,30 bis 24,35 bezahlt, per Juni = Juli — bis — bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bez. — Del-jaat per 1000 Kilo Winterraps 235-244 M., S.D. — bez., N.D. — bezahlt, Winterraps 230 bis 240 M., S.D. — bez., N.D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Fass 54,0 M., flüssig — M., mit Fass — M., per Febr. 54,2-54,3 M., per Februar-März 54,2-54,3 M., per März-April — bez., per April-Mai 54,2-54,3 bez., per Mai-Juni 54,9 M., per Juni-Juli 55,4-55,5 bez., Sept.-Okt. 57,5 bis 57,6 bez. Gefündigt — Str. Regulirungspreis — Markt bez. — Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loco 25,8 M., per Februar 24,5 M., per Febr.-März 24,3 bez., per März-April 23,9 M., per April-Mai 23,9 M., Septemb.-Oktober 25,4 bez. Gefündigt — Zentner. Regulirungspreis — bez. — Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 60,3 — bez., per Februar 60,0 bis — bez., per Februar = März 60,0 — bez., per März-April — bez., per April-Mai 61,2-60,9 bez., per Mai-Juni 61,3-61,1 bez., per Juni = Juli 62,1-61,8 bez., per Juli-

August 63,0-62,7 bezahlt, per August-September 63,2-62,9 bez. — Gefündigt 30,000 Liter. Regulirungspreis 60,9 bezahlt. (B. B. 3.)

Stettin, 11. Februar. Wetter: Schön. + 2° R., Barom. 28,3. Wind: S.O. Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 208 bis 223 M., weiser 212-225 M., per Frühjahr 227,5-226,5-227 M. bez., per Mai-Juni 225,5-228 M. bez., per Juni-Juli — per September-Oktober 215,5 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loco inländischer 164 bis 170 M., Russischer 163 bis 169 M., per Frühjahr 169 M. bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 169-168,5-169 M. bez., per September-Oktober 161 M. Gd., 162 M. Br. — Gerste stille, per 1000 Kilo loco mittel Brau-150-156 M., feine do. 160-168 M., Chevalier 170 bis 180 M. — Hafer stille, per 1000 Kilo loco inländ. 135-144 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterraps unverändert, per 1000 Kilo loco 220 bis 230 M., per April-Mai 241 M. nom., per September-Oktober 259 M. nom. — Winterraps per 1000 Kilo loco 225-235 M. bez. — Rüböl ohne Handel, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten flüssiges 55 M. Br., per Februar — per Februar-März 53 M. Br., per April-Mai 54 M. Br., per Septbr.-Oktbr. 57 M. Br. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 59,2 M. bez., per Februar 59 M. Br., per Frühjahr 60,2 M. bez. u. Br., per Mai-Juni 61 M. bez. u. Br., per Juni = Juli — Angemeldet: 10,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Rüböl 53 M., Spiritus 59 M. — Petroleum loco 8,6 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,55 M. — Deutiger Landmarkt: Weizen 216-222 M., Roggen 168-174 M., Gerste 160-168 M., Hafer 144-148 M., Erbsen 160-166 M., Kartoffeln 57-66 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 27-30 M. (Düsse-3tg.)

Berlin, 11. Februar. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten eine günstige Eröffnung des hiesigen Verkehrs erwarten lassen; doch war derselbe auf Gewinnnahmen hin überwiegend kühlos und eher gedrückt. Die Notierungen aus Wien gaben gleichfalls eher nach, weil in Wien Nachrichten über die Befestigung Italiens verstimmt haben sollten. Kredit-Aktien stellten sich daher niedriger, Franzosen lagen still und schwach, Lombarden, Elbethal und Nordwestbahn behauptet, österreichisch-ungarische Renten gedrückt. Dagegen zeigte der einheimische Eisenbahn-Aktienmarkt auf die Erwartung von Mehreinnahmen hin eine sehr feste Haltung. Vergleiche übersichtlich den Paritours, Mainzer und schlesische Devisen lagen sehr fest und auch die

übrigen Eisenbahnpapiere fanden ziemlich gute Beachtung. Besonders war das wiederum mit Stammprioritäten der Fall, unter denen heute Münster-Emschede und Marienburger-Malwa an der Spitze standen. Außerdem hielten sich noch russische Werthe ziemlich gut, doch war die Hausfremden etwas abgeschwächt. Auf Gold lautende Anleihen lagen recht fest. Banken traten zurück; deutsche Bank lag schwach; Diskontokommandit-Antheile recht fest. Die Berliner Handelsgesellschaft hat die Dividende für das Vorjahr auf fünf Prozent festgesetzt. Bergwerkspapiere lagen heute unter der Führung der vernachlässigten Laurahütte und Dortmunder Union schwach. Gegen baar gehandelte Aktien ohne Leben, aber ziemlich gut behauptet. Rumänier waren

wenig fest. Anlagewerthe eher schwach; ausländische Eisenbahn-Obligationen in regelmäßiger Frage aber wenig verändert. Die zweite Stunde brachte wiederholte kleine Schwankungen; russische Werthe und namentlich auch Dortmunder Union befestigten sich, ohne gerade sehr lebhaft umzugehen. — Per Ultimo notirte man Franzosen 477-6-7,50-477, Lombarden 154-155,50-155, Kreditaktien 538 bis 537, Diskontokommandit-Antheile 196,75-196,40, Wählert Partial-Obligationen 95,50-96 bezahlt und Geld, Rheinische Stahl-Industrie 132, Westfälische Union-Stamm-Prioritäten 107, Dortmunder Union-Part.-Obligationen 102. — Der Schluss war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 11. Februar 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, etc.) and their corresponding prices in Mark and Schilling.

Banck- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Babilische Bank, Vf. f. Rheinl. u. Westf., etc., with their prices.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Norway, and Italy, including their denominations and prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway common stocks from companies like Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Danneberg, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like Aach.-Mastricht, Berlin-Anhalt, etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority bonds from companies like Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, etc.

*) Wechsel-Course.

Table listing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, Paris, etc.